

## Unterstützung der Familien – oder Betreuung durch den Staat?

von Stefan Fuchs

### Dirigismus oder Wahlfreiheit?

Die von Familienministerin von der Leyen angekündigte Krippenoffensive ist ein zentraler Baustein der „neuen Familienpolitik“. Zentrale Programmschrift dieser Politik ist die Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht. Diese Politik will vor allem „kontinuierliche Erwerbsverläufe“ der Eltern gewährleisten. Dafür soll eine flächendeckende Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder spätestens ab dem zweiten Lebensjahr ausgebaut werden – auch zu Lasten der finanziellen Förderung von Familien, die sich um ihre Kinder selbst kümmern wollen (1). Darauf jedenfalls lässt die Ausschreibung zum „Kompetenzzentrum für Familienleistungen“ des Bundesfamilienministeriums schließen: Dort wird als Zielvorgabe für das Finanzierungskonzept einer „nachhaltigen Familienpolitik“ neben der „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ und der „Steigerung der „Erwerbsquote von Frauen“ ausdrücklich auch der „Nachteilsausgleich zwischen Familientypen“ genannt (2).

Besonders bemerkenswert, weil zunächst mehrdeutig, ist die Zielvorgabe „Nachteilsausgleich zwischen Familientypen“. Interpretiert man diese Formel im Lichte der programmatischen Aussagen zum 7. Familienbericht und zum Kompetenzzentrum Familienleistungen, bekommt sie einen klaren Sinn: Angesichts der angeblich hohen Familienförderung von 184 Milliarden € im Jahr sind zusätzliche finanzielle Aufwendungen weder nötig noch wünschenswert (3). Zusätzliche Leistungen, insbesondere der Ausbau der Krippen, sind durch Kürzungen anderer Familienleistungen zu finanzieren. Genau dies sieht das kürzlich veröffentlichte Finanzierungskonzept der SPD vor. Zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder erwerbstätiger Mütter sollen durch Mehrbelastungen von Einverdienerfamilien und Eltern älterer Kinder bezahlt werden. Das über Jahrzehnte von der Familienpolitik verfolgte und vom Bundesverfassungsgericht wiederholt geforderte Ziel, die durch Kinder entstehenden finanziellen Belastungen wenigstens teilweise auszugleichen, bezeichnet Malte Ristau (SPD), Abteilungsleiter im BMFSFJ, als „veraltet“ (4). Diese Politik sei bei allen Regierungen durch die „Sozialstaatslogik“ und bei den „Konservativen“ zudem durch „ein archaisches Verständnis“ von Familienleben geprägt gewesen. Nach seiner Ansicht ist diese „veraltete Familienpolitik“ für die von ihm diagnostizierten gesellschaftlichen Übel, insbesondere den Geburtenmangel, die zu niedrige Frauenerwerbstätigkeit und das „schwache Bildungsniveau“ verantwortlich (5).

Diesen Defiziten soll die neue „nachhaltige Familienpolitik“ entgegenwirken. Diese Politik will nicht für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen, sondern stattdessen gesellschaftspolitische Ziele vorgeben. Oberste Priorität ist es, die Erwerbstätigkeit beider Elternteile und damit eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen durchzusetzen. Befürworter einer liberalen Gesellschaftspolitik halten dies für eine „kollektivistisch-paternalistische Denkart“. Nach ihrer Überzeugung sind die Wünsche und Vorstellungen der

Menschen Ziel und Maßstab demokratischer Politik. Nur so biete sich die Chance, in einer pluralistischen und zunehmend heterogenen Gesellschaft den „unterschiedlichen Lebensentwürfen selbstverantwortlicher Menschen gerecht zu werden“ (6).

### Unterschiedliche Wünsche – differenzierte Angebote

Wie unterschiedlich die Vorstellungen von Familienleben in Deutschland sind, hat eine europaweite Erhebung zur Familienpolitik gezeigt. Nach dieser Studie wird in Ostdeutschland das Erziehen von ein oder zwei Kindern bei gleichzeitiger Vollerwerbstätigkeit von rd. 40 Prozent der Frauen bevorzugt. In Westdeutschland will dagegen nur eine Minderheit von 12,3 Prozent der Frauen die Erziehung von Kindern mit einer Vollzeitberufstätigkeit verbinden. Eine relative Mehrheit von über einem Drittel der Frauen in Deutschland möchte das Erziehen von zwei Kindern mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit verbinden. Fast jede fünfte Frau in Westdeutschland möchte auf Erwerbstätigkeit ganz verzichten, solange die Kinder klein sind (7). Der Demograph Jürgen Dorbritz folgert daraus, dass kein Familienmodell eindeutig dominiere und die Bevölkerung in der Familienpolitik deshalb „Wahlfreiheit“ wünsche (8).

Seine Erkenntnisse werden durch Ergebnisse des Familiensurveys des Deutschen Jugendinstituts bestätigt. Auf der Grundlage des Familiensurveys lassen sich drei Gruppen von Frauen mit sehr unterschiedlichen Lebenskonzepten unterscheiden. Die größte Gruppe sind, mit einem Anteil von 65 Prozent, Frauen, die Familienleben mit Berufsausübung in der Regel in Teilzeit kombinieren wollen (9). Die zweite Gruppe der „berufsorientierten“ Frauen stellt mit 21 Prozent der Frauen auch heute noch eine Minderheit dar. Ihr Lebensschwerpunkt liegt außerhalb des Familienlebens. Fast die Hälfte von ihnen ist kinderlos. Wenn sie Kinder bekommen, organisieren sie die Kinderbetreuung größtenteils außer Haus (10). Die dritte Gruppe bilden die familien- bzw. haushaltsorientierten Frauen. Nach den Daten des Familiensurveys gehören hierzu in Deutschland 14 Prozent aller Frauen. Ihr Lebensstil ist in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen. In ihrer Lebensplanung spielen Kinder eine entscheidende Rolle. Je mehr Kinder Frauen haben, desto häufiger gehören sie dieser Gruppe von „Familienfrauen“ an (11). Dieses zur Kenntnis zu nehmen, wäre besonders wichtig für eine Familienpolitik, die eine gezielte Förderung von Mehrkinderfamilien beabsichtigt.

Eine überwiegend familienfremde Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern möchte die Mehrheit der Eltern nicht. Aus der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen zentralen Erhebung zur Kindertagesbetreuung ergibt sich, dass sich weniger als ein Drittel der Eltern Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder wünscht. Für die Altersgruppe der unter 2-jährigen Kinder wünschen sich nur 18,5 Prozent der Eltern Plätze zur Kinderbetreuung (12). Weitere Untersuchungen haben die folgenden Ergebnisse erbracht: Mehr als die Hälfte der Deutschen erwartet einen ungünstigen Einfluss der Erwerbstätigkeit der Mutter auf Kinder im Vorschulalter (13). Dass Mütter nicht erwerbstätig sein sollten, solange „ein Kind da ist, das noch nicht zur Schule geht“, meinen 52 Prozent der Westdeutschen (14). Die Einstellung der Westdeutschen zu dieser Frage unterscheidet sich kaum von der in europäischen Nachbarländern: In Österreich und Frankreich stehen mit 51 bzw. 44 Prozent fast ebenso viele Befragte der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern kritisch gegenüber. Selbst in Schweden ist eine Mehrheit der Befragten dafür, dass Frauen ihre Berufstätigkeit zeitlich einschränken (67 Prozent) oder ganz aufgeben (19

Prozent), wenn Kinder im Vorschulalter zu versorgen sind (15). Das Leitbild der Teilzeitarbeit von Müttern ist auch in Deutschland weit verbreitet. Rund zwei Drittel der deutschen Frauen wünschen sich in ihrer Partnerschaft eine Teilzeittätigkeit (16). Dies erklärt, warum nach Erkenntnissen des Deutschen Jugendinstituts viele Mütter Angebote einer „stundenweisen Betreuung an wenigen Tagen der Woche“ nachfragen (17).

Nach Auffassung Prof. Bertrams, des familienpolitischen Chefberaters der Bundesregierung, reagieren die verschiedenen Gruppen von Frauen auf familienpolitische Maßnahmen sehr unterschiedlich. Während „berufsorientierte Frauen empfänglich für alle Maßnahmen“ seien, die „ihre beruflichen Orientierungen und Entfaltungsmöglichkeiten unterstützen“, profitierten „familien- und haushaltsorientierte Frauen von Familien- und Sozialpolitiken“ (18). Er kommt deshalb zu dem Schluss, dass für die „Realisierung von Kinderwünschen“ in Deutschland nicht nur Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für erwerbstätige Frauen benötigt würden. Notwendig sei auch „die gesellschaftliche Akzeptanz der Frauen und Mütter, die ihren Lebenssinn in der Familie und im Haushalt finden“ (19).

### **„TAG“ - „Take off“ des Betreuungsausbaus**

Die Wahlfreiheit, neben der Familie auch einen Beruf auszuüben, wird für berufsorientierte Frauen in Westdeutschland bislang durch die vergleichsweise geringe Zahl an Betreuungsplätzen für Kinder eingeschränkt. Im Jahr 2006 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Westdeutschland 136.000 Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderter Tagesbetreuung versorgt. In Gesamtdeutschland wurden auf diese Weise 285.000 bzw. 13,5 Prozent aller Kinder betreut (20). Im Jahr 2002 sollen in Westdeutschland für Kinder unter drei Jahren erst 43.500 Krippenplätze verfügbar gewesen sein (21). Zwischen 2002 und 2005 hat sich die Platz-Kind-Relation in Westdeutschland fast verdoppelt (22). Tagespflegeverhältnisse auf rein privater Basis werden von der amtlichen Statistik nicht erfasst (23). Unberücksichtigt bleibt auch, dass mittlerweile mancherorts Kindergartenplätze mit unter 3-jährigen Kindern belegt werden. Eine umfassende Erhebung des Deutschen Jugendinstituts ermittelte daher eine Betreuungsquote von mindestens 15 Prozent. Während für Ostdeutschland eine Versorgung von 40 Prozent angegeben wird, errechnete das DJI für Westdeutschland eine Betreuungsquote von mindestens 11 Prozent (24). Die tatsächliche Betreuungsquote ist damit günstiger, als es die – immer wieder zitierten – Platz-Kind-Relationen der Jugendämter ausweisen (25).

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) 2005 hat der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur einen Schub bekommen. Ziel des TAG ist es, bis zum Jahr 2010 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder zu schaffen. Das Gesetz ist von der damaligen Opposition mitgetragen und von der Bevölkerung, der Wirtschaft und auch den Kirchen begrüßt worden. Die Umsetzung des Gesetzes obliegt den Ländern und Kommunen. Den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur sollten die Kommunen „flexibel – an den lokalen Bedingungen und am Bedarf von Eltern und Kindern vor Ort orientiert“ vornehmen (26).

Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts haben ergeben, dass der Bedarf an Kinderbetreuung regional stark variiert (27). In den östlichen Bundesländern mit ihrer ausgebauten Betreuungsinfrastruktur werden schon heute „verfügbare Plätze auch für unter 3-jährige nicht in Anspruch genommen“ (28). In der individuellen Tagespflege sehen mehr als 90 Prozent der befragten Jugendämter noch „freie Kapazitäten“ (29). Für ein großes

Problem halten sie den Mangel an Teilzeitbetreuungsplätzen. Diesen Mangel bewertet das Deutsche Jugendinstitut als „ein Überbleibsel der Krippentradition“, das nicht dem Bedarf entspreche (30). Um das „Ziel des bedarfsgerechten Ausbaus wirklich zu erreichen“, müsste daher in den nächsten Jahren dieser Aspekt eine „besondere Beachtung“ finden (31). Nicht wenige Jugendämter reduzieren die Zahl der Ganztagsplätze, damit sie mehr Teilzeitplätze anbieten können (32).

Als Antwort auf den Wunsch vieler Eltern nach mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung sah das TAG den Ausbau der familiennahen Tagespflege durch qualifizierte Tagesmütter als gleichrangige Alternative zur institutionellen Betreuung in Krippen vor (33). Mit dem Ausbau der Kindertagespflege sollte dem Bedarf an räumlich und zeitlich flexiblen Angeboten entsprochen werden (34). Die damalige Familienministerin Renate Schmidt (SPD) ließ vom Deutschen Jugendinstitut ein breit angelegtes Gutachten zur Fortentwicklung „von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung“ ausarbeiten (35). Ministerin Schmidt stellte fest, dass Eltern „keine Einheitslösung brauchen“. Deshalb benötigten sie als Alternative eine „familienähnliche, individuelle Betreuung“ (36).

### **Die neue „Krippenoffensive“ – politische Vorgabe vs. empirischer Bedarf**

Ziel des Tagesbetreuungsausbaugesetzes war es, mit den geplanten 230.000 zusätzlichen Plätzen bis zum Jahr 2010 die Versorgung für Kinder unter drei Jahren auf „das westeuropäische Niveau“ anzuheben. Mit ihrer „Krippenoffensive“ will Ministerin von der Leyen, über das TAG hinaus, weitere 500.000 zusätzliche Krippenplätze für Kleinkinder schaffen (37). Insgesamt sollen bis zum Jahr 2013 750.000 Krippenplätze bereitgestellt werden. Nach ihren Angaben würden dann 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren institutionell betreut werden (38). Noch während die Tagesbetreuung gemäß TAG ausgebaut wird, hat die Ministerin von der Leyen eine Verdreifachung der im TAG vorgesehenen Plätze verkündet. Das „westeuropäische Niveau“ der institutionellen Kinderbetreuung zu erreichen, genügt nicht mehr.

Die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) meint, dass die Zweifel von Unionspolitikern an der Zahl von 750.000 für Kleinkinder benötigten Krippenplätzen „bescheuert“ seien. Schließlich lägen die Untersuchungen hierzu „seit langem auf dem Tisch“ (39). Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hatte das Deutsche Jugendinstitut den bestehenden Bedarf an Kinderbetreuung 2005 untersucht. Maßstab für den zu ermittelnden Betreuungsbedarf waren die Kriterien des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Sie gehen davon aus, dass dort Betreuungsbedarf besteht, wo beide Elternteile erwerbstätig oder Eltern allein erziehend sind. Nach diesen Kriterien ermittelten die Wissenschaftler, dass mindestens 252.000 (40) und maximal 328.000 Kinder unter drei Jahren zu betreuen sind. Diese Zahlen sind nicht mit dem Bedarf an Betreuungsplätzen gleichzusetzen, weil nicht alle potentiell Berechtigten Plätze in Anspruch nehmen (41). Umfragen zufolge sinkt das Interesse der Eltern an Betreuungsplätzen rasch, sobald die Eigenbeteiligung der Eltern an den Kosten auf 100 € und mehr steigt (42). Die Experten des deutschen Jugendinstituts kommen zu dem Ergebnis, dass eine Versorgungsquote zwischen 18 und 21 Prozent anzustreben sei (43).

Die Kleinkinder, die im Jahr 2013 betreut werden können, sind noch nicht geboren. Ihre voraussichtliche Zahl lässt sich aber abschätzen. Im Jahr 2005 kamen in Deutschland 686.000 Kinder zur Welt (44). Für das Jahr 2006 rechnet das Statistische Bundesamt nach einer

vorläufigen Schätzung mit 670.000-680.000 Geburten (45). Aufgrund der geringen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte gibt es zukünftig immer weniger potentielle Mütter. Die absoluten Geburtenzahlen werden deshalb weiter sinken. Dies gilt sogar dann, wenn die relativen Geburtenraten wieder ansteigen. Für die Jahre um 2010 sind daher 650.000 Geburten realistisch zu erwarten. Auf die alten Bundesländer entfallen 82 Prozent der Geburten in Deutschland (46). Demnach würden im Jahr 2013 in ganz Deutschland etwa 1,95 Mio. und in Westdeutschland 1,6 Mio. Kinder unter drei Jahren leben. Da nach Aussagen des Ministeriums in Ostdeutschland die Betreuungsinfrastruktur mit 40 Prozent schon derzeit bedarfsdeckend vorhanden ist, ist davon auszugehen, dass die zusätzlichen Plätze nahezu ausschließlich für die westdeutschen Bundesländer vorgesehen sind.

Die Inanspruchnahme von 750.000 Betreuungsplätzen in Westdeutschland würde bei drei Geburtsjahrgängen eine Betreuungsquote von 47 Prozent bedeuten. Wenn man, der Intention des Elterngelds folgend, davon ausgeht, dass ein Elternteil im ersten Jahr nach der Geburt pausiert und somit kein Krippenplatz beansprucht wird, betrüge die Zahl der übrigen zwei Jahrgänge noch 1,1 Mio. Kinder. 750.000 Krippenplätze für knapp 1,1 Mio. Kinder bedeuten eine Betreuungsquote von fast 70 Prozent der 1- und 2-Jährigen. Kinder in privat organisierter Tagespflege sind in diesem Anteil nicht berücksichtigt. Die von Ministerin von der Leyen angeblich angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent wird selbst dann weit übertroffen, wenn auch unter 1-jährige Babys in Krippen untergebracht würden. Dies allerdings widerspräche dem Sinn des Elterngelds. Das den Plänen des Ministeriums zugrunde liegende Zahlenwerk ist offenkundig nicht durchdacht und in sich widersprüchlich. Zweifel an solchen Betreuungsquoten sind alles andere als „bescheuert“.

### **Betreuungsbedarf durch wirtschaftliche Zwänge**

Der Bedarf an Kinderbetreuung ist veränderbar. Verschlechtert sich die Einkommenssituation von Familien real oder auch nur relativ im Vergleich zu den Kinderlosen, sind mehr Familien auf ein zweites Einkommen angewiesen, um einen erträglichen Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Kaufkraftverluste erleiden die Familien derzeit insbesondere durch die höhere Mehrwertsteuer und die gestiegenen Energiekosten. Diese tragen maßgeblich dazu bei, dass die Konsumausgaben derzeit stärker steigen als die verfügbaren Einkommen (47). Mit der Elterngeldreform werden insbesondere Mehrkinderfamilien mit häuslicher Kinderbetreuung benachteiligt. Der Verzicht auf Anpassungen der Steuerfreibeträge und des Kindergelds an gestiegene Lebenshaltungskosten und angedachte „Reformen“ des Ehegattensplittings könnten den Druck zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile erheblich verstärken.

Wie bedeutend ökonomische Zwänge für den Wunsch nach Kinderbetreuung sind, lässt sich unter anderem aus dem Familienstand der Nachfrager erschließen. Alleinerziehende nehmen im Vergleich zu Ehepaaren fast dreimal so häufig Betreuungsangebote in Anspruch (48). „Wahlfreiheit“ ist eben nicht nur dadurch eingeschränkt, dass erwerbstätige Eltern keinen passenden Betreuungsplatz finden, sondern vor allem auch dadurch, dass beide Elternteile aus wirtschaftlichen Gründen wider Willen erwerbstätig sein müssen.

Durch weiteren ökonomischen Druck auf die Familien könnten zukünftig tatsächlich jene „unspezifischen Bedarfslagen“ entstehen, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung behauptet. Auf der Basis solcher Bedarfslagen halten die Ökonomen des DIW eine Quote der

Fremdbetreuung der unter 3-jährigen von 56 (49) Prozent für angemessen und unterfüttern damit das unausgesprochene Ziel der „neuen Familienpolitik“.

Die Nutznießer dieser Politik stellt die vom Bundesfamilienministerium gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung herausgegebene Broschüre „Neue Generation von Dienstleistungen – unterstützend für Familien, effektiv für Unternehmen“ vor. Neben anderen Unternehmen wird beispielhaft die PME Familienservice GmbH als „Deutschlands bekannteste Agentur für Work-Life-Balance“ vorgestellt (50). Solche privaten Dienstleister profitieren von der staatlichen Förderung der Kinderbetreuung und haushaltsnaher Dienstleistungen. Denn durch sie entsteht eine neue „Angebots-Nachfrage-Dynamik“ für ihre Branche. Als „Vermittlungsagenturen“ zwischen den Bedürfnissen der Familien und den Dienstleistungsangeboten sollen lokale „Familiencenter“ agieren. Erleichtert wird der geplante „flächendeckende Ausbau von Dienstleistungsangeboten“ durch die Hartz-Reformen, in deren Rahmen „Zusatzjobs“ eingerichtet werden sollen (51). So entsteht – von den Steuerzahlern finanziert – ein neuer Wirtschaftszweig.

Begründet wird die Notwendigkeit dieses Dienstleistungsangebots für Haushalt und Kindererziehung mit dem „Dauerstress“ und der „Geldknappheit“, die „für viele Familien zum Alltag“ gehören (52). Das Impulspapier des vom Familienministerium gemeinsam mit den Kirchen initiierten „Bündnisses für Erziehung“ stellt fest, dass viele Eltern „überfordert und ratlos“ seien. Als Folge davon seien „zunehmend Vernachlässigungen und sogar Erziehungskatastrophen“ festzustellen (53). Angesichts der diagnostizierten Erziehungsdefizite der Familien, die sich „den Aufgaben des Lebens als nicht mehr gewachsen erweisen“, sind für das Bundesfamilienministerium Erhöhungen finanzieller Transfers, „etwa in Gestalt einer weiteren Anhebung des Kindergelds“ nicht der „richtige Weg“ der Familienpolitik. Das Ministerium weiß, dass „Lebensberatung“ für die versagenden Eltern und mehr Betreuungsplätze „Erfolg versprechender“ (54) sind.

### **Kleinkinderbetreuung – alternative Wege, Kosten und das Wohl der Kinder**

Staatliche Investitionen in Infrastruktur sind mit dem Risiko behaftet, am Bedarf vorbei geplant zu werden. Für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur wird dieses Problem durch den demographischen Wandel verschärft. Schon heute müssen in machen Orten Deutschlands mangels Kinder Schulen und auch Kindergärten geschlossen werden. Die Kommission „Familie und demographischer Wandel“ der Robert Bosch Stiftung hat deshalb in ihrem Abschlussbericht darauf hingewiesen, dass in „Nord- und Ostdeutschland längst Regionen entstanden sind, in denen 40-60 Personen pro Quadratkilometer leben und eine ausdifferenzierte, auf einzelne Teilgruppen von Kindern hin orientierte Infrastruktur gar nicht mehr aufrecht zu erhalten ist“. Sie kommt deshalb zu dem Schluss, dass es sinnvoll wäre, sich stärker an den „französischen Erfahrungen“ zu orientieren, die „durch eine Vielfalt unterschiedlicher Betreuungsangebote, häufig auch privat organisiert, die Nachfrage decken“ (55).

In Frankreich besuchen nach Angabe einer Expertise zum 7. Familienbericht der Bundesregierung elf Prozent der Kinder unter drei Jahren regelmäßig eine Krippe (57). Ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz existiert nicht. Die Versorgung mit Krippenplätzen ist regional sehr unterschiedlich, mit einer hohen Versorgung im Großraum Paris und relativ wenigen Krippenplätzen auf dem Land.

Seit Mitte der 80er Jahre gibt die französische Regierung, nicht zuletzt aus Kostengründen, anstelle der Krippenbetreuung der staatlich unterstützten, individuellen Betreuung den Vorzug. Die Inanspruchnahme einer Tagesmutter ist, besonders in der Mittelschicht, zur Hauptbetreuungsart der Kleinkinder berufstätiger Eltern geworden (58). Mit dem „Prestation d'accueil du jeune enfant“ („PAJE“) genannten Gesetz von 2004 werden die Ressourcen der Familienpolitik noch stärker von den Strukturen kollektiver Erziehung in monetäre Transfers und private Betreuungsformen umgeleitet. Nach diesem Gesetz können Eltern sich entscheiden, ob sie staatliche Zuschüsse für die Tagespflege von Kindern oder Leistungen „für die freie Wahl der Betreuungsform“ in Anspruch nehmen. Dieses bis zum dritten Geburtstag des Kindes gezahlte Erziehungsgeld beträgt 533 € für nichterwerbstätige und 406 € für teilzeitbeschäftigte Eltern (59). Die jüngsten familienpolitischen Reformen in Frankreich haben damit das Bild der „selbst erziehenden“ Mutter gestärkt (60).

Der Aufbau einer flächendeckenden Betreuungsinfrastruktur ist sehr kostspielig. Nach Auskunft von Gisela Erler, Gründerin der PME Familienservice GmbH, kostet ein „guter Krippenplatz in Westdeutschland mit allem Drum und Dran“ etwa 1.400 € im Monat. Auf keinen Fall würde ein Krippenplatz weniger als 1.200 € im Monat kosten (61). Das nordrhein-westfälische Familienministerium beziffert den staatlichen Zuschussbedarf für einen Krippenplatz auf ca. 1.250 € pro Monat (62). Das Tagesbetreuungsbaugesetz sieht vor, die Kommunen zwischen 2005 und 2010 jährlich mit 1,5 Mrd. € zu unterstützen, um 250.000 neue Betreuungsplätze zu schaffen. Die Kosten für die mit der Krippenoffensive angestrebten 500.000 zusätzlichen Plätze beziffert Ministerin von der Leyen auf 3 Milliarden € jährlich, an denen sich der Bund nach ihrer Auffassung beteiligen sollte (63). Legt man die Kostenschätzung des nordrhein-westfälischen Familienministeriums zu Grunde, ergeben sich für die 500.000 Krippenplätze jährliche Kosten von 7,5 Mrd. €, die gemäß ihrer Zuständigkeit von Ländern und Kommunen zu bezahlen wären.

Auch individuelle, privat organisierte Kinderbetreuung ist nicht billig. Immerhin müsste keine aufwändige Infrastruktur bereitgehalten werden. Damit entfallen erhebliche Kosten. Nach Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts belaufen sich die monatlichen Gesamtkosten eines Tagespflegeplatzes einschließlich der Qualifizierung von Tagesmüttern auf 813,5 €. Danach würde es jährlich weniger als 5 Mrd. € kosten, 500.000 Kinder in einer familiennahen, individuellen Tagespflege unterzubringen. Nach französischem Vorbild durch ein Erziehungsgeld von 533 € unterstützt, würde die häusliche Erziehung derselben Zahl an Kindern 3,2 Mrd. € kosten. Die „Professionalisierung“ der Kleinkinderbetreuung verursacht zusätzliche Aufwendungen in Milliardenhöhe. Bezahlen sollen diese Kosten durch den „Nachteilsausgleich zwischen Familientypen“ Eltern, die ihre Kinder individuell zu Hause erziehen wollen (64).

Eine qualitativ gute Krippenerziehung erfordert gut ausgebildete Erzieherinnen, die auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes eingehen. Die EU-Kommission empfiehlt deshalb, dass eine Erzieherin maximal 3-4 Kinder betreuen sollte. In den meisten Bundesländern muss sich derzeit ein Betreuer um 6-7 Kinder kümmern (65). Die angestrebte Verdreifachung der Krippenplätze innerhalb weniger Jahre lässt erwarten, dass die einzelnen Betreuerinnen künftig noch mehr Kinder versorgen müssen. Nach den Erkenntnissen der Entwicklungspsychologin Lieselotte Ahnert, einer engagierten Befürworterin der Krippenbetreuung, schaden „große, schlecht geführte Kindergruppen“ den Kindern und führen zu „aggressiven Verhaltensweisen“ (66). Um das Wohlergehen ihrer Kinder besorgte

Eltern ziehen daraus den Schluss, dass unter den gegebenen Bedingungen Kleinkindertagesstätten „nur als eine Notlösung hinnehmbar“ sind (67). Der Psychologe Prof. Fthenakis, der die Bundesregierung in Fragen der Kinderbetreuung berät, hat bekannt, dass er Mütter versteht, die ihr Kind nicht in eine Krippe geben wollen. „Ich habe meinen Sohn in die Krippe gebracht und als ich sah, wie er reagiert hat, habe ich ihn wieder herausgenommen“ (68).

Auch deswegen ist es abwegig, Eltern, die die familiäre Kinderbetreuung einer institutionellen Gruppenbetreuung vorziehen, finanziell zu diskriminieren. Eine freiheitliche Familienpolitik sollte sich nicht anmaßen, Bürgern, die Familie als Gemeinschaft von erziehenden Eltern und Kindern leben wollen, ein archaisches Verständnis von Familienleben vorzuhalten. Eine um das Wohl der Kinder besorgte Politik sollte vielmehr Eltern, die bereit sind, ihre Kinder eigenverantwortlich zu erziehen, nachdrücklich unterstützen. Familiäre Betreuung ist in der Regel nicht nur besser, sondern für den Staat auch billiger.

Der Beitrag ist zuerst erschienen auf der Elternratgeberseite „Erziehungstrends“:

<http://www.erziehungstrends.de/node/525>

## Anmerkungen

(1) Vgl.: Stefan Fuchs: Der politische Kampf gegen die „traditionelle“ Familie und die Erziehungsverantwortung der Eltern [1].

(2) Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bekanntmachung 2006/S 119-127282, Ausschreibung vom 27. Juni 2006.

(3) Vgl.: Stefan Fuchs: Der politische Kampf gegen die „traditionelle“ Familie und die Erziehungsverantwortung der Eltern.

(4) Vgl. Ristau: Der ökonomische Charme der Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24 2005, S. 17.

(5) Vgl. ebd., S. 17-18.

(6) Vgl.: Karen Horn: Die Besserwisser, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.3.2007, S. 11.

(7) Jürgen Dorbritz: Demographische Trends und Hauptergebnisse der deutschen Population Policy Acceptance Study (PPAS), in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4 2004, S. 351.

(8) Vgl. ebd., S. 357.

(9) Vgl.: Hans Bertram/Wiebke Rösler/Nancy Ehlert: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24 2005, S. 10-11.

(10) Vgl. ebd., S. 11.

(11) Vgl. ebd.

(12) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Eric van Santen et al: Untersuchung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder. Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, München 2006, S. 38.

(13) Vgl. Tina Gadow: Der Bedarf an Tagesbetreuungseinrichtungen für unter 3-jährige, in: Zahlenspiegel 2005 Deutsches Jugendinstitut [2], S. 234,

(14) Vgl.: Sonja Dörfler: Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer



Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Schweden und Frankreich, Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 57, Wien 2007, S. 11.

(15) Vgl.: Sonja Dörfler: Kinderbetreuungskulturen in Europa, Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 57, Wien 2007, S. 9-11.

(16) Vgl.: Gerhard Engelbrech/Maria Jungkunst: Wie bring man Beruf und Kinder unter einen Hut? IAB Kurzbericht Ausgabe Nr. 7 vom 12.4.2001, S. 1.

(17) Vgl. Tina Gadow: Der Bedarf an Tagesbetreuungseinrichtungen für unter 3-jährige, in: Zahlenspiegel 2005 Deutsches Jugendinstitut [3], S. 229, S. 236.

(18) Vgl.: Hans Bertram/Wiebke Rösler/Nancy Ehlert: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24 2005, S. 12.

(19) Vgl. ebd., S. 13.

(20) Vgl.: Statistisches Bundesamt: 285.000 Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung, Pressemitteilung vom 1. März 2007, S. 1.

(21) Vgl. Tina Gadow: Der Bedarf an Tagesbetreuungseinrichtungen für unter 3-jährige [1], (S. 1) in: Zahlenspiegel 2005 Deutsches Jugendinstitut, S. 229.

(22) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Eric van Santen et al: Untersuchung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder, 2005. Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, München 2006, S. 42.

(23) Statistisches Bundesamt: 285.000 Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung, Pressemitteilung vom 1. März 2007 [2].

(24) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Eric van Santen et al: Untersuchung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder, 2005. Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, München 2006, S. 43.

(25) Vgl. ebd., S. 29.

(26) Vgl.: Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucksache 15/6014, S. 9-10.

(27) Walter Bien et al (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? Weinheim 2006, S. 277.

(28) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Eric van Santen et al: Untersuchung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder. Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, München 2006, S. 16.

(29) Vgl. ebd., S. 28.

(30) Vgl. ebd., S. 41.

(31) Vgl. ebd., S. 9-10.

(32) Vgl. ebd., S. 25.

(33) Vgl.: Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucksache 15/6014, S. 9-10.

(34) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Eric van Santen et al: Untersuchung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder, 2005. Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, München 2006, S. 26.

(35) Karin Jurczyk et al (Hrsg.): Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung, Weinheim 2004.

- (36) Vorwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in: Karin Jurczyk et al: Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung, Weinheim 2004, S. 6.
- (37) Vgl.: Startzentrum: Breiter Rückhalt für von der Leyen [3]. Im Interview in der FAZ vom 19.3.07 hat die Bundesfamilienministerin jetzt gesagt, „dass mindestens ein Drittel der 500.000 Plätze bei Tagesmüttern“ geschaffen werden soll. Die wiederholt vom Ministerium verkündete Zahl von 750.000 Krippenplätzen ist aber nicht zurückgenommen worden. Vgl.: Henrike Rossbach: „Konservativer Feminismus ist ein spannender Begriff“, Ursula von der Leyen über die Frauenbewegung, Krippenplätze und ihr familienpolitisches Leitbild, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 2007, S. 4.
- (38) Robert Birnbaum et al: Union lässt Leyen mit den Krippen allein. CDU und CSU stellen massiven Ausbau der Kinderbetreuung in Frage - SPD: Ministerin ist isoliert [4], Tagesspiegel vom 7.3.2007.
- (39) Vgl.: Stephan Haselberger/Hans Monath: „Ich grinse oft wie ein Honigkuchenpferd“, Tagesspiegel vom 12. März 2007, S. 4.
- (40) Vgl. Tina Gadow: Der Bedarf an Tagesbetreuungseinrichtungen für unter 3-jährige, in: Zahlenspiegel 2005 Deutsches Jugendinstitut, S. 229, <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/root.html>.
- (41) Vgl. Ebd., S. 230.
- (42) Vgl., S. 227.
- (43) Vgl. ebd., S. 236.
- (44) Vgl.: Statistisches Bundesamt: 2005: Weniger Eheschließungen und Geburten, mehr Sterbefälle [5], Pressemitteilung vom 15 August 2006.
- (45) Vgl.: Statistisches Bundesamt 2006: Bevölkerungsrückgang hält an [6], Pressemitteilung vom 5. Januar 2007.
- (46) Die Berechnung des westdeutschen Geburtenanteils beruht auf der Pressemitteilung vom 17. März 2006: Geburtenentwicklung in Deutschland im langfristigen Vergleich [7].
- (47) Vgl.: Statistisches Bundesamt: Konsumausgaben der privaten Haushalte 2006 um 2,1 Prozent gestiegen, Pressemitteilung vom 13. März 2007.
- (48) Vgl.: Deutsches Jugendinstitut: DJI- Kinderbetreuungsstudie 200. Erste Ergebnisse [1], S. 7.
- (49) Vgl. Tina Gadow: Der Bedarf an Tagesbetreuungseinrichtungen für unter 3-jährige, in: Zahlenspiegel 2005 Deutsches Jugendinstitut [2], S. 227.
- (50) Vgl.: BMFSFJ/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Neue Generation von Dienstleistungen – unterstützend für Familien effektiv für Unternehmen, S. 3.
- (51) Vgl. ebd., S. 2, 5, 2, 4.
- (52) Vgl. ebd., S. 2.
- (53) Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik: Ein „Impulspapier“. Bündnis für Erziehung, Evangelischer Pressedienst Dokumentation, Frankfurt am Main 2006, S. 6.
- (54) Malte Ristau: Der ökonomische Charme der Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24 2005, S. 19.
- (55) Vgl.: Kurt Biedenkopf et al: Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, S. 73.
- (56) Vgl.: Jeanne Fagnani: Familienpolitik in Frankreich: Vor- und Nachteile, in: Hans Bertram et al (Hrsg.): Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, Opladen 2006, S. 390.
- (57) Vgl. Mechthild Veil: Geteilte Verantwortung. Neuere Entwicklungen in der französischen Familienpolitik, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, S. 32.

(58) Vgl., ebd., S. 390-39.

(59) Vgl. Mechthild Veil: Geteilte Verantwortung. Neuere Entwicklungen in der französischen Familienpolitik, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 1, 63. Jahrgang, Februar 2007, S. 35.

(60) Vgl., ebd., S. 36.

(61) Vgl.: Henrike Roßbach: „Wir erleben eine mentale Zeitenwende“, Gisela Erler, Geschäftsführerin der PME Familienservice GmbH, über alte Denkmuster und neue Chancen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 2007, S. 10.

(62) Vgl.: Heidelberger Familienbüro: „Dem Staat muss jedes Kind gleich viel Wert sein“ [3] - Oder die kalkulierte Rechenschwäche von BW-Ministerpräsident Oettinger bei der Krippen-debatte Pressemitteilung vom 5. März 2007, .

(63) Vgl. Kai Beller: "Schämen Sie sich Frau von der Leyen" [4], Financial Times Deutschland vom 16. Februar 2007 .

(64) Abweichend von den bisherigen Aussagen des Bundesfinanzministers wie des eigenen Ressorts hat Familienministerin von der Leyen im Interview in der FAZ vom 19.3.07 angedeutet, dass sie eine Finanzierung des Betreuungsausbaus aus dem allgemeinen Steueraufkommen als den „gerechtesten Ansatz“ ansieht. Vgl.: Henrike Roßbach: „Konservativer Feminismus ist ein spannender Begriff“, Ursula von der Leyen über die Frauenbewegung, Krippenplätze und ihr familienpolitisches Leitbild, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 2007, S. 4.

(65) Vgl.: Simon Wiggen: Gedränge in der Krabbelgruppe, Rheinischer Merkur, vom 8. März 2007, S. 8.

(66) Vgl.: Uta Rasche: „Die Mutter-Kind-Betreuung leidet nicht“. Die Entwicklungspsychologin Lieselotte Ahnert über Nutzen, Risiken und Qualität von Kinderkrippen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Februar 2007, S. 4.

(67) Vgl.: Professor Dr. Dr. Jörg Disse: „Genügend kleine Gruppen“, Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. März 2007, S. 8.

(68) Vgl. Heide Oestreich: „Kita erst ab 18 Monaten“. Der Psychologe Fthenakis meint, dass es kaum gute Kitas gibt. Nötig sei ein Bildungskonzept für die frühe Kindheit. Tageszeitung vom 21. Februar 2007.